

MEINUNGSARTIKEL ZUR VERÖFFENTLICHUNG AM ODER NACH Samstag, den 25. Juni 2005

Von Kofi A. Annan

Am kommenden Sonntag jährt sich zum sechzigsten Mal die Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen. Fast genau solange ist es her, dass sich eine heiße Debatte über die "Reform" der Vereinten Nationen entfachte.

Grund dafür ist, dass das Idealbild der Vereinten Nationen und die in sie gesetzten Hoffnungen immer größer waren als das, was sie tatsächlich zu erreichen vermochten. Allzu oft haben wir den Erwartungen der Welt nicht entsprechen können.

In den USA stehen im Mittelpunkt der Debatte heute zwei Dokumente des amerikanischen Kongresses: der Bericht einer Zweiparteien-Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen republikanischen Sprechers des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich, und des ehemaligen demokratischen Senators George Mitchell sowie der "United Nations Reform Act", ein von dem Abgeordneten Henry Hyde vorgelegter und am 17. Juni vom Repräsentantenhaus verabschiedeter Gesetzentwurf, der eine lange Liste von Reformen mit der möglichen Einbehaltung der amerikanischen Mitgliedsbeiträge an die Vereinten Nationen verknüpft.

Zwischen diesen beiden Reformrezepten sowie zwischen ihnen und verschiedenen von mir selbst vorgeschlagenen beziehungsweise im Rahmen meiner Zuständigkeit bereits in die Wege geleiteten Reformen bestehen erhebliche Überschneidungen. Dies ist keineswegs erstaunlich. Veränderungen werden von breiten Kreisen angestrebt, nicht nur in den USA, sondern auch bei vielen anderen Mitgliedstaaten der Organisation, ebenso wie von zahlreichen ihrer Bediensteten.

Wir alle wollen das Management der Vereinten Nationen transparenter und rechenschaftspflichtiger und ihre Aufsichtsmechanismen stärker und unabhängiger machen.

Wir alle möchten, dass die Generalversammlung ihre Tagesordnung und ihre Ausschussstruktur strafft, damit Zeit und Ressourcen auf die Auseinandersetzung mit den brennenden Fragen der Gegenwart anstatt auf die Durchführung von Resolutionen verwandt werden, die vor Jahren in einem anderen politischen Kontext verabschiedet wurden.

Wir alle sind darauf bedacht, die Mechanismen der Vereinten Nationen im Menschenrechtsbereich glaubwürdiger und autoritativer zu machen, namentlich indem wir an die Stelle der jetzigen Menschenrechtskommission einen Menschenrechtsrat treten lassen, dessen Mitglieder bei der Einhaltung der von ihnen zu schützenden Normen vorbildhaft vorangehen würden.

Wir alle möchten, dass innerhalb der Vereinten Nationen eine Kommission für Friedenskonsolidierung geschaffen wird, die den Auftrag hätte, die Arbeit zu koordinieren und kontinuierlich weiterzuführen, die damit verbunden ist, Ländern den Übergang vom Krieg zum Frieden meistern zu helfen – damit wir nicht wieder wie vor 2001 in Afghanistan und danach in Haiti und in mehreren afrikanischen Ländern einen gefährlichen Rückfall in die Anarchie erleben.

Wir alle möchten die Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen strengeren Verhaltensnormen unterwerfen, insbesondere um sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung ein Ende zu setzen.

Dies sind nur ein paar Beispiele von vielen. Ich bin der Auffassung, dass diese Konvergenz der Erwartungen uns vielleicht erstmals seit 60 Jahren eine Chance bietet, das Gefälle zwischen gesetzten Hoffnungen und tatsächlich Erreichtem zu überwinden.

Soweit es Divergenzen gibt – nicht so sehr zwischen den Vereinten Nationen und den USA, sondern zwischen dem Hyde Act und den anderen Vorschlägen, die auf dem Tisch liegen –, so berühren sie im Wesentlichen zwei Punkte: die zu verwendende Methode, um Reformen zu realisieren, und den globalen Kontext, der die VN-Reform so wichtig werden lässt.

Für Herrn Hyde und seine Kollegen können Reformen nur durch die Androhung einer drakonischen und einseitigen Senkung des amerikanischen Beitrags zum VN-Haushalt herbeigeführt werden.

Meiner Meinung nach ist dies ein zutiefst fehlgeleiteter Ansatz, der, würde er von der gesamten US-Regierung übernommen, auf katastrophale Weise das Gegenteil dessen bewirken würde, was er beabsichtigt. Er würde die reformorientierte Koalition zwischen den USA und anderen Mitgliedstaaten aufbrechen, die diese Reformen anderenfalls durch den von ihr gemeinsam ausgeübten Druck zuwege bringen könnte.

In den Vereinten Nationen sind souveräne Staaten zusammengeschlossen, die bei der Ratifizierung der Charta übereinkamen, die Ausgaben der Organisation "nach einem von der Generalversammlung festzusetzenden Verteilungsschlüssel" gemeinsam zu tragen. Der Beitragsschlüssel, der festlegt, wie viel jeder Mitgliedstaat zu zahlen hat, wird alle sechs Jahre neu ausgehandelt, und jedes Jahr verabschiedet die Generalversammlung eine – von den USA stets unterstützte – Resolution, in der alle Mitgliedstaaten ermahnt werden, ihre Beiträge pünktlich, vollständig und ohne Vorbedingungen zu entrichten.

Der Weg zu Veränderungen oder Reformen führt daher über eine Verhandlungseinigung mit anderen Mitgliedstaaten.

Im Bericht der Gingrich-Mitchell-Kommission heißt es: "Um erfolgreich zu sein, muss die amerikanische Diplomatie eine starke Koalition aufbauen, die wichtige Mitgliedstaaten aus den verschiedenen Regionen und Gruppierungen umfasst ... von denen viele den starken Wunsch Amerikas teilen, die Vereinten Nationen mittels Reformen zu einer Organisation zu machen, die funktioniert." Eine solche Koalition wird nicht dadurch zustande kommen, dass ein Staat damit droht, seinen eigenen Beitrag unilateral zu senken. Andere Staaten werden ein solches Winken mit dem "großen Stock" nicht akzeptieren.

Glücklicherweise wird der Hyde-Vorschlag zur Beitragseinbehaltung weder von der US-Regierung noch von der Kommission selbst unterstützt.

Noch wichtiger ist jedoch der globale Kontext. Die Vereinten Nationen existieren nicht in einem Vakuum oder um ihrer selbst willen. Sie sind ein Forum, in dem alle Völker der Welt zusammenkommen können, um nach gemeinsamen Lösungen für ihre gemeinsamen Probleme zu suchen, und bilden, wenn die Völker dies so wollen, ein Instrument zur Durchsetzung der gefundenen Lösungen.

Sicherlich gibt es heute mehr oder jedenfalls nicht weniger gemeinsame globale Probleme und Bedrohungen als bei der Gründung der Vereinten Nationen.

Zu denjenigen, die am meisten Anlass zur Besorgnis geben, zählen die Verbreitung von Terrorgruppen und Massenvernichtungswaffen und die Gefahr, dass diese Waffen solchen Gruppen in die Hände geraten.

Es handelt sich hier um sehr ernste Bedrohungen für die Menschen in den reichen wie in den armen Ländern. Dass die im vergangenen Monat abgehaltene Konferenz zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen darauf nicht einging, scheint von einer Verantwortungslosigkeit zu zeugen, die einem den Atem verschlägt. Ich hoffe, dass sich die politischen Führer der Welt dieser Problematik nun mit weitaus größerer Dringlichkeit annehmen werden.

Zur Auseinandersetzung mit diesen Fragen benötigen wir unter anderem einen stärkeren und repräsentativeren Sicherheitsrat.

Die Bedrohungen aber, von denen viele Menschen in den armen Ländern am unmittelbarsten betroffen zu sein scheinen, sind Armut, Krankheit, Umweltzerstörung, schlechte Staatsführung, Bürgerkrieg und in verschiedenen Fällen – man denkt unweigerlich an Darfur – der Einsatz von Vergewaltigung, Plünderung und Massenmord, um ganze Bevölkerungsgruppen aus ihren Heimstätten zu vertreiben.

Fortschritte lassen sich nur erzielen, wenn wir alle diese Bedrohungen gleichzeitig angehen. Keine Nation kann ernsthaft eine Zusammenarbeit bei den Anliegen erwarten, die ihr am wichtigsten sind, wenn sie nicht ihrerseits bereit ist, andere im Gegenzug bei deren Prioritäten zu unterstützen. Wie bereits die hochrangige Reformgruppe der Vereinten Nationen festgestellt hat, greifen die verschiedenen Bedrohungen eng ineinander. Vernachlässigung und politische Misswirtschaft in Afghanistan machten es möglich, dass dort Terroristen Unterschlupf fanden. Das Chaos in Haiti führte dazu, dass Menschen in Massen nach Florida abzuwandern versuchten. Und mangelhafte Gesundheitssysteme in armen Ländern können die spontane oder sogar vorsätzliche Ausbreitung einer Krankheit wie der Vogelgrippe von einem Kontinent zum anderen erleichtern.

Entwicklung und Sicherheit sind also miteinander verbunden – und beide wiederum stehen in direktem Zusammenhang mit Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Mit meinem Bericht "In größerer Freiheit" wollte ich in erster Linie Dinge vorschlagen, die von allen Nationen in Zusammenarbeit miteinander getan werden können und sollten, um an allen diesen Fronten Fortschritte zu erzielen und die Vereinten Nationen dafür zu einem wirksameren Instrument zu machen.

Entscheidungen können getroffen werden, wenn im kommenden September die politischen Führer aus allen Teilen der Welt auf dem Weltgipfel 2005 am Amtssitz der Vereinten Nationen zusammentreffen. Mehr als 170 haben ihre Teilnahme bereits zugesagt.

Es könnte kaum mehr auf dem Spiel stehen. Die Chance, eine gemeinsame Antwort auf gemeinsame Bedrohungen zu finden, mag so schnell nicht wiederkehren. In diesem Kontext und aus diesem Grund ist eine reformierte und gestärkte Organisation der Vereinten Nationen so dringend notwendig.

Kofi A. Annan ist der Generalsekretär der Vereinten Nationen